



Im Dienst an einer gerechten Gesellschaft

Gemeinsame Feststellung zur Ökumenischen Sozialinitiative

**des Vorsitzenden des Rates der EKD, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm,
und des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx**

Am 28. Februar 2014 haben der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und die Deutsche Bischofskonferenz mit dem Impulstext „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ eine Ökumenische Sozialinitiative angestoßen. Genau 17 Jahre nach der Veröffentlichung des Gemeinsamen Wortes zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ meldeten sich die Kirchen wieder gemeinsam zu den grundlegenden sozialen Herausforderungen zu Wort. Die verschiedenen Krisensituationen der vergangenen Jahre waren Anlass, noch einmal eine breite Diskussion über die Wirtschafts- und Sozialordnung in Gang zu bringen. Ziel der Ökumenischen Sozialinitiative ist es, sich sowohl mit einer sozialetischen Positionierung der Kirchen in die gesellschaftlichen Debatten einzubringen als auch eine grundlegende Diskussion über die aktuellen Herausforderungen in unserem Land anzustoßen.

Seit der Vorstellung unserer zehn Thesen im Februar 2014 hat sich vieles getan. Die Diskussion um unsere Thesen hat einiges von dem, was wir zu sagen versucht haben, noch deutlicher profiliert. Manchen waren diese Thesen zu systemimmanent. Sie fordern von den Kirchen das Eintreten für einen Wechsel des Wirtschaftssystems. Andere vermissten eine klarere Würdigung der Erfolge unserer sozialen Marktwirtschaft.

Deswegen besteht Anlass, ein klärendes Wort zum Verhältnis von Fundamentalkritik und Reformorientierung zu sagen. Beides schließt sich nicht aus, aber beides braucht auch seinen Ort. Papst Franziskus hat wiederholt grundsätzliche Kritik an einem Kapitalismus geübt, der rücksichtslos über die Interessen der Schwachen und über die Würde der außermenschlichen Natur hinweggeht und beides den Kapitalinteressen unterordnet. Dieser Kritik, die auch aus den weltweiten ökumenischen Zusammenschlüssen der reformatorischen Kirchen kommt, stimmen wir ausdrücklich zu. Gleichzeitig ersetzt sie nicht die Frage, wie in einer hochkomplexen modernen Wirtschaft die richtigen Schritte aussehen müssen, damit der Schutz der Schwachen und die Bewahrung der außermenschlichen Natur den größtmöglichen

Stellenwert bekommen. Das war der Sinn der zehn Thesen der Sozialinitiative. Wir setzen uns für eine ökosoziale Marktwirtschaft ein, weil sich gezeigt hat, dass es genau die kluge Verbindung von Marktmechanismen und gesetzlich festgelegten sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen ist, die diesen ethischen Zielen am ehesten zur Durchsetzung zu helfen vermag.

Aus kirchlicher Sicht sagen wir aber sehr deutlich: Niemand soll sich die Illusion machen, dass die notwendigen Veränderungen allein durch die Veränderung politischer Strukturen in Gang gesetzt werden können. Beides, Strukturen und Lebensstile, müssen sich verändern. Zu Recht hat die Botschaft der Ökumenischen Friedenskonvokation in Kingston/Jamaika 2011 im Hinblick auf die ökologischen Herausforderungen festgestellt: „Die Umweltkrise ist eine zutiefst ethische und spirituelle Krise der Menschheit. Wir erkennen an, dass die Menschen der Erde mit ihrem Verhalten Schaden zugefügt haben, und bekräftigen unser Bekenntnis zur Bewahrung der Schöpfung und zu dem Lebensstil, den uns dies abverlangt. ... Gemeinsam mit der globalen Zivilgesellschaft appellieren wir an Regierungen, all unsere wirtschaftlichen Aktivitäten radikal umzustrukturieren, mit dem Ziel, eine ökologisch nachhaltige Wirtschaft auf den Weg zu bringen.“

Dieser Grundimpuls hat in der Enzyklika *Laudato si'* von Papst Franziskus eine eindrucksvolle Verstärkung erfahren, denn der Papst weist darauf hin, dass ökologische und soziale Fragen untrennbar miteinander verbunden sind: „Wir kommen jedoch heute nicht umhin anzuerkennen, dass ein wirklich ökologischer Ansatz sich *immer* in einen sozialen Ansatz verwandelt, der die Gerechtigkeit in die Umweltdiskussionen aufnehmen muss, um *die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde.*“ (LS 49).

Als Kirchen können wir keine bestimmten politischen Konzepte auf unsere Fahnen schreiben und ihnen damit einen Heiligenschein geben. Aber wir können einfordern, dass sich die im politischen Raum diskutierten Konzepte an bestimmten ethischen Maßstäben orientieren, die nun allerdings klar benennbar sind. In der Diskussion um unsere zehn Thesen haben sich vier Orientierungen als tragfähige ethische Maßstäbe erwiesen, die aus christlicher Sicht breiten Konsens verdienen.

Die erste Orientierung ist ein Gerechtigkeitsverständnis, das sich an der Verbesserung der Situation der schwächsten Glieder einer Gesellschaft orientiert. Die durch gute Vernunftgründe gestützte biblische Option für die Armen ist Grundlage für ein Gemeinwesen, das allen dient. Wir sehen daher mit Sorge eine Entwicklung, nach der in unserem Land der Reichtum wächst, ohne dass die schwächsten Glieder unserer Gesellschaft davon profitieren. Diese Entwicklung widerspricht dem christlichen Gerechtigkeitsverständnis. Wir fordern daher wirksame Maßnahmen, die dieser Entwicklung entgegensteuern. Wir unterstützen alle politischen Ideen, die Armut in unserem Land und weltweit überwinden helfen. Wir befürworten Programme, die – auch durch öffentliche Unterstützung dauerhaft arbeitsloser Menschen – Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen.

Die zweite Orientierung ist ein Freiheitsverständnis, das den Menschen als Gottes Ebenbild versteht und das deswegen persönliche Freiheit immer mit der Verantwortung für die anderen verbindet. Solidarität und Eigenverantwortung gehören zusammen. Die Betonung der Eigenverantwortung darf nicht zur Chiffre für Entsolidarisierung werden. Und umgekehrt darf das Einfordern von Solidarität nicht zur Abwehr der Forderung nach eigenen Anstrengungen missbraucht werden. Diese Grundbestimmung gilt für unseren Sozialstaat, in dem staatliche Verpflichtung und zivilgesellschaftliches Engagement zusammenspielen. Sie gilt aber auch für internationale soziale Verpflichtungen, etwa bei der Bewältigung der Griechenlandkrise, aber auch bei den globalen Entwicklungsanstrengungen.

Dass persönliche Freiheit und soziale Verantwortung zusammengehören, ist auch für unternehmerisches Handeln von zentraler Bedeutung. Unternehmen, die ihre ökonomische, soziale und ökologische Verantwortung ernst nehmen und damit das Gewinninteresse in den Kontext eines gesellschaftlichen Auftrags stellen, verdienen unsere besondere Unterstützung. Sie sind Ausdruck der in der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik vertretenen Betonung des Vorrangs der Arbeit vor dem Kapital und eines christlichen Verständnisses des Menschen und der Natur als Schöpfung Gottes.

Damit ist eine dritte Orientierung angesprochen: ein Naturverständnis, das auch die außermenschliche Natur als Schöpfung Gottes sieht und daher ihre Reduktion auf ein Ausbeutungsobjekt für den Menschen zurückweist und ihre „Mitgeschöpflichkeit“ ernst nimmt. Gegenwärtig werden in dieser Hinsicht wichtige Weichen für die Zukunft gestellt. Die Klimakonferenz von Paris im Dezember dieses Jahres wird über das Ziel zu entscheiden haben, die Klimaerwärmung auf ein gerade noch vertretbares Maß von 2 Grad Celsius zu begrenzen. Um dieses Ziel erreichbar zu machen, müssen verbindliche Maßnahmen zum Klimaschutz beschlossen werden. Wir erwarten von unserer eigenen Regierung und den Regierungen Europas, dass sie durch die eigene Verpflichtung auf weitgehende CO₂-Einsparungsziele zum Motor für die notwendige weltweite Verringerung der CO₂-Emissionen werden. Die extremen Ungleichheiten im jährlichen Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂ – in Deutschland etwa liegt er bei ca. 10 t, während er in Ruanda bei nur 0,05 t liegt – zeigen, dass die hochindustrialisierten Länder eine besondere Verantwortung für eine global gerechte und ökologische Entwicklung tragen.

Wir bekräftigen die Notwendigkeit, den Verbrauch natürlicher Ressourcen den planetarischen Grenzen anzupassen. Der zunehmende Raubbau an der Natur muss gestoppt werden. Zu Recht haben wir darauf hingewiesen, dass eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Marktwirtschaft stärker auf qualitative Wohlstandssteigerungen setzen muss. Wir brauchen ein neues Wachstumsverständnis, in gewisser Weise eine neue Fortschrittsidee. Das lässt sich nicht allein an wirtschaftlichen Indikatoren bemessen. Als Kirchen müssen wir die Aufgabenstellung für die Wirtschaftspolitik im Hinblick auf diese Frage noch einmal unterstreichen. Die prioritäre Aufgabenstellung ist nicht die Sicherung unseres gegenwärtigen Lebensstiles, insbesondere dann nicht, wenn er auf Kosten der folgenden Generationen geht. Die prioritäre Aufgabenstellung ist die Entwicklung einer Form des Wirtschaftens, die

zukünftigen Generationen und Menschen, die heute in anderen Teilen der Welt leben, die gleichen Lebenschancen einräumt wie uns selbst.

Die vierte Orientierung schließlich ist ein Verständnis des Menschen als Ebenbild Gottes, nach dem Gott allen Menschen die gleiche Würde zuerkennt und die Menschen diese Würde untereinander zu achten haben. Wie hoch relevant diese Grundorientierung ist, zeigt sich in den gegenwärtigen Herausforderungen im Umgang mit Flüchtlingen. Dieses Verständnis des Menschen ist der Grund dafür, dass wir als Kirchen so nachdrücklich für umfassende Seenotrettungsprogramme auf dem Mittelmeer eintreten. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, wissentlich in Kauf zu nehmen, dass Flüchtlinge, die sich aus Verzweiflung auf die risikoreiche Fahrt übers Meer einlassen, dort elendiglich ertrinken. Weil jeder Mensch zum Bilde Gottes geschaffen ist, muss auch jeder Mensch, der hier Asyl sucht, menschenwürdig behandelt werden. Stimmungsmache gegen Flüchtlinge oder gar Hass und Gewalt sind mit dem christlichen Glauben unvereinbar. Deswegen ist im öffentlichen Reden über Flüchtlinge jede Rhetorik zurückzuweisen, die solche Stimmungsmache begünstigt. Der richtige Weg des Umgangs mit der großen Zahl von Menschen, die hier Zuflucht suchen, ist eine große humanitäre Anstrengung von Staat und Zivilgesellschaft, bei der wir als Kirchen weiterhin eine tragende Rolle spielen wollen. Damit Menschen nicht quälend lange auf eine Entscheidung zu warten haben, müssen Asylanträge rasch bearbeitet werden, ohne dass eine gründliche Einzelfallprüfung unterlassen wird. Zusätzlich zur Aufnahme von Asylsuchenden brauchen wir ein Einwanderungsgesetz, das Menschen, die hier eine wirtschaftliche Zukunft suchen, klar geregelte Wege und Erwartungssicherheit dafür bietet. Denn unser Land braucht Zuwanderung. Wenn es uns gelingt, die hierher kommenden Menschen zu integrieren, nützt sie allen.

Entscheidend für den langfristigen Umgang mit den Flüchtlingsbewegungen ist die Bekämpfung der Fluchtursachen. Seit langer Zeit weisen wir als Kirchen auf die Dringlichkeit der Überwindung weltweiter Armut, sowie der Ursachen für Terror und Krieg hin. Nun werden die Konsequenzen weltweiter Not durch die globalen Flüchtlingsbewegungen in unserem eigenen Land sichtbar. Die Menschen werden nur in ihren Ländern bleiben und dort für die gesellschaftliche Entwicklung zur Verfügung stehen, wenn sie für sich eine Zukunft sehen. Deswegen ist eine faire Handelspolitik, die armen Ländern wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht, Flüchtlingspolitik für die Zukunft. Deswegen ist eine Friedenspolitik, die die Entwicklung rechtsstaatlicher Strukturen unterstützt und militärischen Auseinandersetzungen – z. B. durch eine restriktive Handhabung von Rüstungsexporten und Austrocknen der Geldströme für Waffenhandel – die Mittel entzieht, Flüchtlingspolitik für die Zukunft. Deswegen ist auch eine Klimapolitik, die verhindert, dass Menschen in der Zukunft wegen Versteppung oder Überflutung ihre Heimat verlassen müssen, Flüchtlingspolitik für die Zukunft.

Unsere zehn Thesen haben wichtige Aufgaben beschrieben, vor denen wir in Deutschland und weltweit stehen. Einige dieser sozialen und ökologischen Herausforderungen sind uns seit der Veröffentlichung der Thesen – auch durch deren lebhaftige Diskussion – noch deutlicher vor

Augen getreten. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen ist es wichtig, sich immer wieder von Neuem klarzumachen, wie gesegnet wir in diesem Land sind. Wem viel geschenkt ist, der kann auch viel geben. Wir sind überzeugt davon, dass es unserem Land gut tut, wenn es die Würde aller Menschen ins Zentrum seines Handelns rückt und deswegen denen besondere Aufmerksamkeit gibt, deren Würde verletzt wird. Die gesellschaftliche Vision, die daraus erwächst und die wir nachdrücklich bekräftigen, fordert uns als Kirchen, die kirchlichen Gruppen und Verbände, aber auch die gesellschaftlichen Organisationen, Politik und Wirtschaft auf, uns immer wieder neu unserer gemeinsamen Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft zu vergewissern und unser Handeln an ihr auszurichten. Dazu verpflichtet uns auch der Glaube an den Gott, der in Jesus Christus der Bruder aller Menschen geworden ist, besonders der Armen, der Unterdrückten und Schwachen.

Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm
Vorsitzender
des Rates der EKD

Kardinal Reinhard Marx
Vorsitzender
der Deutschen Bischofskonferenz